

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Jugendhilfeausschuss	16.01.2018
Integrationsrat	22.01.2018
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	29.01.2018
Ausschuss Soziales und Senioren	30.01.2018

Sachstandsbericht zum Projekt "Einwanderung gestalten NRW"

Ausgangslage

Der Rat hat in seiner Sitzung am 04.04.2017 die Teilnahme der Stadt Köln am Förderprojekt des Landes NRW „Einwanderung gestalten NRW“ im Zeitraum 01.04.2017 bis 31.03.2019 beschlossen (Vorlage 0554/2017). Die Bezirksregierung Arnsberg hat das Projekt auf Basis des Förderantrags der Verwaltung mit Zuwendungsbescheid vom 10.04.2017 genehmigt.

Aktueller Sachstand

Die im Juli 2017 eingerichteten Unterarbeitsgruppen (UAG)

UAG 1 „Bildung/Arbeit“

UAG 2 „Sprache“

UAG 3 „Wohnen“

haben regelmäßig getagt und werden ihre turnusmäßige Arbeit Anfang 2018 abschließen. Anlassbezogen sind im Laufe des Jahres 2018 weitere Sitzungen möglich. Die Ergebnisse sind im zweiten Zwischenbericht an das Land NRW (*Anlage* dieser Mitteilung) dargestellt, sie wurden von den übergeordneten Gremien des Projektes „Einwanderung gestalten NRW“, der Arbeitsgruppe in der Sitzung am 08.11.2017 und der Lenkungsgruppe in der Sitzung am 06.12.2017 ohne Änderungen zur Kenntnis genommen. Zu drei Punkten wurden in den übergeordneten Gremien die nachfolgenden Beschlüsse gefasst:

Zentralisierung der Verpflichtung zu Integrationskursen nach § 44a AufenthG und § 5b AsylbLG

Die Verpflichtungen zu Integrationskursen, die durch das Amt für Soziales und Senioren (502/8 - Leistungsgewährung nach dem AsylbLG) ausgesprochen werden können, werden künftig zentral vom Amt für öffentliche Ordnung (323/22 – Ausländerangelegenheiten / Integration) vorgenommen und abgewickelt. Es ist zu prüfen, ob eine Ausweitung auf den SGB II-Kundenkreis des Jobcenters möglich ist.

Videodolmetschen

Ergänzend zu den derzeit gültigen Rahmenverträgen zur Nutzung von Sprachmittlern in persönlichen

Gesprächen und zur Übersetzung von Schriftstücken soll innerhalb der Stadtverwaltung flächendeckend der Einsatz von Video-Dolmetschern geprüft und ermöglicht werden.

„Personal-Book“ für Geflüchtete

Als Unterstützung für die Geflüchteten, die ehrenamtlichen Begleiter und für die beteiligten Behörden und Träger wird durch die Stadtverwaltung ein Ordner zur Verfügung gestellt, in dem Basisdaten der Geflüchteten eingetragen und mit Zustimmung der Geflüchteten von allen genannten Stellen genutzt und weiterverarbeitet werden können.

Die Verwaltung wird zum erstgenannten Beschluss eine Beschlussvorlage in die Sitzung des Rates im Februar 2018 einbringen.

Über den Umsetzungsstand der gefassten Beschlüssen werden die politischen Gremien im Rahmen der weiteren Berichterstattung über das Projekt „Einwanderung gestalten NRW“ informiert.

Der zweite Zwischenbericht an die Bezirksregierung Arnsberg (Fördermittelgeber) ist als *Anlage* dieser Mitteilung beigefügt. Der Bericht wurde am 06.12.2017 von der Lenkungsgruppe beschlossen. Die Verwaltung wird den von der Lenkungsgruppe mitgetragenen Bericht vorgabegemäß zum 31.12.2017 an das Land NRW als Fördermittelgeber übersenden.

Ausblick und weiteres Vorgehen

In der Sitzung der Arbeitsgruppe am 08.11.2017 wurde die Einrichtung und personelle Besetzung der folgenden UAG beschlossen:

UAG „Gesundheit“

UAG „Teilhabe“

UAG „Existenzsicherung“

Die zusätzlichen UAG werden sukzessive mit Beginn des Jahres 2018 starten, d.h. wenn eine bestehende UAG abgeschlossen wird, kann eine der neu gebildeten UAG ihre Arbeit aufnehmen. In dieser Phase ist beabsichtigt, verschiedene Migrantenselbstorganisationen zu bestimmten Themen in das Projekt einzubeziehen.

Mitte des Jahres 2018 sind nach Abschluss der fachlich themenbezogenen UAG zwei weitere UAG mit den Inhalten „Netzwerke“ und „Case-Management“ geplant. Diese beiden Punkte sind wesentlicher Bestandteil des landesgeförderten Projekts „Einwanderung gestalten NRW“. Konkrete Informationen werden in der nächsten Berichterstattung Mitte 2018 gegeben.

Die Verwaltung bietet wie angekündigt im ersten Quartal des Jahres 2018 die Durchführung eines Fachgesprächs für die politischen Mandatsträger/innen zur weitergehenden Information an. Eine entsprechende Einladung wird zeitnah zugestellt.

gez. Reker